



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Die generationengerechte Partei

Ein 11-Punkte-Plan

Die generationengerechte Partei – ein 11-Punkte-Plan

1. Einleitung

Der Klimawandel, die Flüchtlingskrise, der demografische Wandel, die Innere Sicherheit und die digitale Revolution – wie sollen wir als Gesellschaft mit all diesen schweren und teils unüberschaubaren Themen umgehen, wie können wir sie gestalten? Antworten auf diese Fragen zu finden, ist ein generationenübergreifendes Projekt. Alt und Jung müssen ihr Wissen und ihre Ideen gleichermaßen einbringen können.

Doch aktuell lässt sich in der Politik ein immer weitreichenderer Graben erkennen: Die Älteren machen Politik für die Jüngeren. Ein Blick auf das durchschnittliche Alter der Mitglieder der etablierten deutschen Parteien gibt einen Anhaltspunkt hinsichtlich der Vertretung junger Menschen in politischen Entscheidungen: Im Jahr 2015 betrug in der CDU und in der SPD das Durchschnittsalter der Parteimitglieder 60 Jahre. In der CSU und bei der Partei die Linke waren es 59, in der FDP 54 und in der Partei Bündnis 90/Die Grünen 50 Jahre. Die Tendenz ist dabei bei allen Parteien identisch: Das Durchschnittsalter der Mitglieder steigt immer weiter. Zusätzlich zu dieser Überalterung nimmt die Gesamtzahl der Mitglieder weiter ab. Die CDU und die SPD haben seit den 1970er Jahren fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Ein Trend, der sich immer weiter fortsetzt. Der aktuelle Mitgliederzuwachs einiger Parteien kann diese Abwärtsspirale nicht aufhalten.¹

Dabei ist die heutige junge Generation politischer denn je.² Der aktuelle Mitgliederzuwachs der SPD belegt dieses noch einmal ausdrücklich. Doch wenn die Parteien nicht die passenden Strukturen anbieten, dann werden die Mitglieder schnell inaktiv und treten irgendwann wieder aus.

Für die Stiftung der Rechte zukünftiger Generationen steht daher fest: Die Parteien müssen wieder generationengerecht sein und handeln. Dazu müssen sie sich verstärkt auf die Gewohnheiten, Denk- und Arbeitsweise von jungen Menschen einstellen. Nur so kann garantiert werden, dass Vertreter*innen der jungen Generation wieder in Parteien mitarbeiten können und wollen.

In diesem Papier betrachten wir die Parteien insgesamt. Auch wenn jede einzelne Partei vor spezifischen Problemen und Herausforderungen steht, hat bislang noch keine Partei ein Rezept gegen die Überalterungstendenzen in den eigenen Reihen gefunden. Generationengerecht beziehen wir hier nicht auf politische Forderungen, sondern darauf, ob es jungen Menschen möglich ist, politischen Einfluss in den Parteien auszuüben.

Wir haben einen 11-Punkte-Plan aufgestellt, der dabei helfen soll, wieder mehr junge Menschen für ein Engagement in demokratischen Parteien zu begeistern.

¹ Niedermayer 2016.

² Albert et al. 2015.

11-Punkte-Plan für generationengerechte Parteien

1. Alle Macht den Mitgliedern

Damit die Parteien wieder attraktiv für die junge Generation werden, müssen sie endlich ihren Mitgliedern wirkliche Entscheidungsmacht zugestehen. Nur wenige Jüngere sehen es als attraktiv an, sich viele Stunden in der Woche in einer Partei zu engagieren ohne dann eine wirkliche Möglichkeit zu haben, die Politik der Partei auch zu beeinflussen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass sich immer weniger junge Menschen in den Parteien engagieren. Wer außerdem erfolgreich im Job ist, Kinder hat und sich sozial engagiert, hat eigentlich keine Chance in einer Partei aufzusteigen, weil ihr/ihm einfach die Zeit fehlt. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fordert deshalb alle Parteien dazu auf, ihren Mitgliedern mehr Rechte und mehr Macht zu geben, damit die politischen Entscheidungen dauerhaft generationengerecht ausfallen.

Die Parteimitgliedschaft muss für junge Menschen wieder einen klaren Mehrwert bieten. Anders als das vielleicht in den 1970er Jahren der Fall war, der Hochphase der Parteimitgliedschaften, sind junge Menschen heutzutage nicht an einer Fördermitgliedschaft in Parteien interessiert. Sie werden nur Mitglied, wenn sie auch wirklich einen Mehrwert darin sehen. Den haben sie, wenn ihnen Entscheidungsmacht zusteht. Deswegen müssen die Parteien Instrumente wie Urabstimmungen über Kandidat*innen oder Positionen deutlich ausbauen.

2. Zwischenstufe von Mitgliedschaft und Nicht-Mitgliedschaft

Die Parteien brauchen endlich eine Zwischenstufe zwischen Mitgliedschaft und Nicht-Mitgliedschaft. Gerade für Anhänger der jungen Generation ist der Schritt, Mitglied in einer Partei zu werden, eine sehr große Hürde. Bislang schaffen es die Parteien nicht, auf diesen Umstand zu reagieren und die Jüngeren an eine Mitgliedschaft heranzuführen. Einen ersten Schritt in die richtige Richtung gehen die SPD, die CSU und die Linkspartei: Sie bieten seit einigen Jahren die Möglichkeit, für eine bestimmte Zeit Gastmitglied zu werden. Dies ist verbunden mit dem Recht, an Mitgliederversammlungen teilzunehmen und dort Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht zu erhalten.

3. Öffnung der Strukturen

Die Parteien müssen sich ganz klar öffnen. Bislang bieten sie als Möglichkeit der Mitarbeit vor allem die Mitgliedschaft an. Die Zahl der Mitglieder in den Parteien geht aber, wie bereits beschrieben, konstant und rapide zurück. Wer nicht Mitglied ist, kann oft auch innerhalb von Parteien nicht mitgestalten. Die Parteien müssen daher die Mitarbeit von Nicht-Mitgliedern deutlich ausbauen. Das zunehmende Engagement junger Menschen in NGOs zeigt, dass diese bereit sind, sich themenbezogen zu engagieren. Diese Möglichkeit bieten die Parteien aber bislang kaum an.

4. Strukturen vereinfachen

Die Parteien müssen ihre Strukturen deutlich vereinfachen. Für viele neue Mitglieder, vor allem für jüngere, sind etwa die Unterschiede zwischen Ortsverein, Kreis, Mitgliederversammlung, Parteikonvent oder Unterbezirk nicht nachvollziehbar. Jeder, der in eine Partei eintritt, steht erst einmal vor unzähligen neuen Begriffen und strukturellen Gegebenheiten. Oft dauert es Jahre, bis Mitglieder wirklich verstehen, wo und wie sie sich einbringen können. Bis dahin haben aber die meisten Neumitglieder bereits entnervt wieder aufgegeben. Auch die zentralen Entscheidungsorgane, die Parteitage, werden immer komplexer. Wie kann man sich zu Wort melden? Welche Rolle erfüllt eine Antragskommission? Wie stellt man Anträge? Welche Form muss ein Antrag haben? Wo muss man einen Antrag einbringen? Die Strukturen der Parteien müssen insgesamt auf den Prüfstand gestellt und deutlich vereinfacht werden.

5. Think Tank werden

Die Parteien müssen sich zu Think Tanks und Laboren weiterentwickeln, um wieder generationengerecht zu werden. Junge Menschen treten nur dann in Parteien ein, wenn sie auch politisch mitarbeiten und gestalten können. Der Ortsverein, der Grundpfeiler der Parteien, hat sich im Laufe der Zeit immer weiter entpolitisiert. Anstatt politische Entscheidungen zu treffen, sind die Ortsvereine immer weiter zu Stammtischen geworden, bei denen vor allem Kleinigkeiten und Banalitäten besprochen werden. Eine politische Positionierung findet auf dieser Ebene kaum noch statt. Für junge Menschen ist das wenig reizvoll. Dabei brauchen die Parteien neue Mitglieder, um frische, politische Ideen zu entwickeln. Die Parteien müssen daher ihre starren Strukturen aufbrechen und den Mitgliedern Raum bieten, neue politische Konzepte und Impulse zu entwickeln. Die Parteien müssen wieder Ideenlabore für die Regierungsarbeit werden. Nur so werden sie wieder attraktiv für die junge Generation.

6. Ortsgebundenheit auflösen

Ein wichtiges Prinzip der Parteien ist die Ortsgebundenheit. Mitglieder sollen dort aktiv sein, wo sie wohnen/leben. Wenn man in eine Partei eintritt, ist man daher automatisch Mitglied des Ortsvereins in seiner Heimat. Ein Wechsel in einen anderen Ortsverein ist nur mithilfe eines Antrags auf eine Ausnahmeregelung möglich. Nach Ansicht der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist das Prinzip der Ortsgebundenheit veraltet. Die heutige junge Generation ist mobiler denn je - darauf sollten sich auch die Parteien einstellen. Außerdem verhindert das Ortsprinzip in vielerlei Hinsicht Innovation sowie eine Form des positiven Konkurrenzkampfes zwischen den Ortsvereinen. Ohne das Ortsprinzip müssen die Ortsvereine attraktive Angebote für junge Mitglieder entwickeln. Dadurch würde ein viel größerer Innovationsdruck bei den Parteien entstehen, was wiederum eine Verbesserung der Situation für Jüngere zur Folge hätte.

7. Parteitage reformieren

Die Parteien kennen heute nur Parteitage als höchstes und wichtigstes Entscheidungsgremium. Obwohl Parteitage sich über die Jahrzehnte bewährt haben und medial eine große Beachtung finden, bieten sie auch große Nachteile. So finden Bundesparteitage oft nur alle zwei Jahre statt. Diese Zeitspanne bedeutet oft Stillstand, da die Parteimitglieder kaum eine Möglichkeit haben, Entscheidungen herbeizuführen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Parteitage finden außerdem unter großem zeitlichem Druck statt. In zwei Tagen muss über alle Themen debattiert und ein neuer Vorstand gewählt werden. Außerdem bleibt durch immer mehr und immer längere Reden aus den Parteivorständen immer weniger Zeit für die wirkliche inhaltliche Arbeit. Rede- und stimmberechtigt ist nur, wer sich vorher durch die Ebenen als Delegierter gearbeitet hat. Am Ende sitzen auf einem Parteitag etwa 100 Mitglieder, die unter starkem Zeitdruck für eine ganze Partei entscheiden müssen. Die Parteien müssen sich daher neue Formate überlegen, um auch kurzfristige Entscheidungen herbeiführen zu können. Urabstimmungen, Petitionen oder Themenlabore sind Möglichkeiten, die zukünftig das starre und hierarchische Instrument des Parteitages ergänzen müssen.

8. Online-Mitarbeit

Die Parteiarbeit findet in den Parteien heute ausschließlich analog statt. Es gibt Mitgliederversammlungen und Parteitage, bei denen man anwesend sein muss. Das einzige digitale Beteiligungsinstrument, das die Parteien derzeit zur Verfügung stellen, ist das digitale Beitrittsformular. Ist man aber erst einmal Mitglied, hören die Möglichkeiten der digitalen Partizipation häufig schnell auf. Für die mobile und digitale junge Generation ist diese Mitarbeit weder attraktiv noch anerkannt. Wer häufig umzieht, viel arbeitet oder eine Familie gründet, kann nicht mehrmals pro Woche Sitzungen besuchen. Wer aber bei diesen Treffen nicht anwesend ist, darf auch nicht mitentscheiden. Die Parteien müssen daher die Möglichkeiten der Online-Mitarbeit deutlich und schnell ausbauen. Das Konzept des virtuellen Ortsvereins, das einige Parteien eingeführt haben, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es muss zukünftig auch möglich sein, über Kandidat*innen und Anträge per Mausclick online abzustimmen.

9. Rotation bei den Ämtern

Die Parteien müssen für eine zunehmende Rotation bei den Mandats- und Amtsträger*innen sorgen. Parteiämter werden aktuell teilweise über Jahrzehnte behalten. Das fördert weder die Innovation, noch die Nachwuchsförderung. Im Bundestag und den Landesparlamenten zeigt sich aktuell ein ähnliches Bild. Deswegen fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen eine Nachwuchsquote in Parteien und Parlamenten. Bei der Listenaufstellung der Parteien sollten mindestens 20 Prozent der Kandidat*innen auf den vorderen Plätzen unter 35 Jahre alt sein.³

³ Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen 2015.

10. Finanzielle Unterstützung von Kandidat*innen

Was viele nicht wissen: Wenn man Kandidat*in einer Partei bei einer Bundes- Landtags- oder Kreiswahl wird, muss man für den eigenen Wahlkampf privates Geld an die Parteien zahlen. Für viele Anhänger der jungen Generation ist ein Wahlkampf deshalb schon aus finanziellen Gründen keine Option. Die Parteien müssen die jungen Kandidat*innen deshalb unterstützen und beispielsweise einen Fonds für deren Wahlkampf einrichten. Außerdem wäre es denkbar, dass die Parteien Crowdfunding-Plattformen für die Kandidat*innen aufbauen.

11. Kultur des Scheiterns

Parteien müssen auch das Scheitern erlauben. Was die Wirtschaftspolitiker*innen der Parteien bereits seit Langem von der Wirtschaft fordern, müssen sie auch in den eigenen Reihen beherzigen. Wer aktuell in Parteien für eine Position antritt und nicht gewählt wird, dem hängt schnell ein Makel der Niederlage an. Dadurch schrecken vor allem junge Menschen davor zurück, für Ämter zu kandidieren. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen macht sich deshalb für eine Kultur des Scheiterns in allen demokratischen Parteien stark.

Wollen die etablierten Parteien den Anschluss an die junge Generation nicht verpassen, sollten sie die genannten Punkte beherzigen: Offene Strukturen, mehr Beteiligungsmöglichkeiten, Digitalisierung und die Finanzierung aufstrebender, junger Kandidat*innen machen Parteien attraktiv für den politischen Nachwuchs. Gleichzeitig können die Parteien damit ihrem Mitgliederschwund entgegenwirken und die Stimmen junger Wähler*innen gewinnen. Liebe Parteien: Werdet zukunftsfähig!

Literatur

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2015): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015. Online unter http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie-2015/multimediale-inhalte/_jcr_content/par/expandablelist_643445253/expandablesection.stream/1451456210165/d0f5d09f09c6142df03cc804f0fb389c2d39e167115aa86c57276d240cca4f5f/flyer-zur-shell-jugendstudie-2015-auf-deutsch.pdf (letzter Aufruf: 11.04.2017).

Niedermayer, Oskar (2016): Parteimitglieder in Deutschland, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, Berlin. Online unter <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/P-PM16-NEU.pdf> (letzter Aufruf: 27.04.2017).

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (2015): Nachwuchsquoten in Parteien und Parlamenten. Warum die Mitbestimmung junger Menschen durch Quoten sinnvoll ist. Online unter http://www.generationengerechtigkeit.de/images/stories/Publikationen/positionsapaposit/pp_040915.pdf (letzter Aufruf: 11.04.2017).

Impressum

Herausgeber

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Mannspergerstraße 29

70619 Stuttgart

Telefon 0711 / 28052777

Fax 03212 / 2805277

kontakt@srzg.de

www.generationengerechtigkeit.de

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

Positionspapier der SRzG

Autor: Yannick Haan

Mitarbeit: Anna Braam, Bettina Munimus, Diana Kinnert, Jasmin Buck

Stand April 2017